

mit tiefer Bestürzung müssen wir zur Kenntnis nehmen, wie korrupt viele ehedem treue Mitglieder der Partei und Staatsorgane waren. Wir sind für eine schmerzlose Aufdeckung der Tatsachen und die praktischen Konsequenzen, die nur daraus resultieren können: Wenn begründet, dann der Entlassung aus der Partei und Untersagung der Mitgliedschaft. Notwendig ist jetzt eine objektive, wissenschaftliche Analyse der objektiven und subjektiven Ursachen gegenwärtigen tiefen Krise, in die unsere Gesellschaft und Partei gekommen sind. Der außerordentliche Parteitag ist hierzu wesentliche Erkenntnisse zu gewinnen. Positionen nicht nur der prinzipiellen Abrechnung, sondern der Erneuerung zu formulieren. Die revolutionäre Überwindung des sich in der DDR über 30 Jahre entwickelten stalinistischen, d.h. administrativ-zentralistischen, bürokratischen Partei- und Gesellschaftssystems wird ein langwieriger Prozess des Zerbrechens alter, stark zentralisierter politischer Machtstrukturen zugunsten wirklicher Volkssouveränität sein.

Der Prozess der jetzigen Revolution ist, das ist unser Standpunkt als Genossen, auf Volkseigentum und Demokratie, auf demokratischen Sozialismus, Pluralismus der Parteien, der sich von humanistischen Grundwerten, von hoher Arbeitsproduktivität in Einheit mit Menschenwürde leiten läßt. Prinzipiell ist in diesem Zusammenhang auch unser Verzicht auf die Natur zu bestimmen. Der Marxismus formuliert in der „Kritik des physischen Programms“: Arbeit und Natur sind die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums. Diese Erkenntnis ging in stalinistischen Gesellschaftssystem verlorener. Der Subjektivismus in der Wirtschaftspolitik brachte den Raubbau an den Naturressourcen.

Radikale Erneuerung unserer Gesellschaft, damit auch unseres Verhältnisses zur Natur im Sinne der „boni patris familias“, im Sinne weitsichtiger, rationaler Naturaneignung, erfordert, daß unsere Partei ihre Positionen einer

Parteitagdelegierter Prof. Helmar Hegewald: Die Natur bewahren, Pflicht und Maxime jedes Genossen



Prof. Dr. sc. phil. Helmar Hegewald, 48 Jahre; WB marxistisch-leninistische Philosophie, Leiter der Kommission Umweltpolitik des Parteivorstandes.

wissenschaftlich begründeten Umweltpolitik überhaupt erst einmal formuliert. Meine Vorschläge, an deren praktischen Verwirklichung ich mitwirken möchte:

Erstens: Die SED benötigt ein eigenes Umwelt-Aktionsprogramm (Sofortprogramm), wodurch wir Dialogfähigkeit und Glaubwürdigkeit gewinnen.

Zweitens: Der Sonderparteitag muß das alte Statut und Programm außer Kraft setzen. Im neuen Statut und Programm muß die Naturbewahrungspflicht als Maxime des Verhaltens jedes Genossen festgeschrieben werden. Im Programm für die 90er Jahre sollte die Einheit von Friedenssicherung, ökologischer und nuklearer Sicherheit zum wesentlichen Bestandteil sozialer Sicherheit erklärt werden. Eine neue Energiestrategie in Einheit mit sauberer Umwelt ist ein Angebot, wie wir uns das gemeinsame europäische Haus vorstellen: mittel- und langfristige Energiekooperation und ökologische Sicherheit für alle Staaten. Auch ist es notwendig, daß wir Position beziehen, wie Angebots der europäischen Länder zur Lösung des Nord-Süd-Konflikts aussehen sollten.

Mit einer der schwierigsten Aufgaben wird in den nächsten Jahren für uns sein, die Wirtschaftsreform mit ökologischen

Erfordernissen zu verbinden. Die neue technologische Kultur unseres Arbeitens ist eine Haupttrichtung der Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Abproduktarme und -freie Technologien in Einheit mit Energieökonomie und Umweltschutz zu entwickeln und zum Einsatz zu bringen, das ist eine große Herausforderung an unser Land. Die Genossen der TU Dresden sind hier besonders gefordert. Der theoretische Vorlauf unserer Genossen Naturwissenschaftler, Technik- und Gesellschaftswissenschaftler, Architekten, Informatiker muß es uns gelingen lassen, wirksame Beiträge für die Ausarbeitung des Parteiprogramms zu bringen und mit praktischen Lösungen die rationale Nutzung der Naturressourcen und deren Schutz noch sehr viel wirksamer als bisher durchzusetzen.

Drittens: Wir brauchen eine neue Verfassung. In dieser Verfassung muß das Grundrecht jedes Bürgers auf saubere Umwelt fest verankert sein. Dieses Grundrecht schließt Grundpflichten ein, Umweltqualität ist Lebensqualität. Volkssouveränität schließt das Frei-sein von gesundheitsgefährdenden Umweltbelastungen ein.

Viertens: Wir fordern eine Zweite Nationale Umweltkonferenz, die nicht wie die erste Konferenz 1989 die Erfolge im Sinne der Schönfärberei in der Mittelpunkt stellt, sondern von einer schonungslos analysierten gegenwärtigen ökologischen Zustandes unseres Landes sowie der Gesundheitsgefährdung vieler Bürger in Ballungszentren ausgehend, offene Maßnahmen und Prioritäten fest schreibt, die jetzt durchzusetzen sind. In die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz sollten alle Parteien, Organi-

sationen, Bewegungen einbezogen werden, die umweltschutzpolitisch wirksam werden wollen.

Die SED muß durch ihre konstruktiven Ideen beweisen, daß es sich lohnt, diese Ideen umzusetzen. Wir führen nicht durch Deklarationen der „führenden Rolle“, sondern durch die besten Ideen. Der zukünftige Sozialismus wird so attraktiv, wie die besten Ideen zur Durchsetzung von Menschenwürde in den Wettstreit kommen und politische Kräfte auf der breiten Basis der Volkssouveränität diese verwirklichen. Hier hat unsere Partei ihre Chance.

Fünftens: Im Sinne der Demokratie des modernen Sozialismus wäre ein „Grüner Tisch“ zu bilden, ein Forum mit empfehlendem und kontrollierendem Charakter auf der Ebene des Ministerrates, der Bezirke und Kreise. Sachkompetente Vertreter aller Parteien, Organisationen und Bewegungen sollten in Verbindung mit den staatlichen Organen, den Verantwortlichen der Industrie und Landwirtschaft, des Verkehrswesens, der Forst- und Wasserwirtschaft politische Macht im Interesse der Bürger ausüben. Wir Genossen könnten in diese demokratische Bewegung unsere politische und Sachkompetenz einbringen.

Das sind meine Vorschläge als Philosoph und Bezirksabgeordneter. Ich wäre bereit, auf dem Sonderparteitag darüber zu berichten, wie die Genossen der TU Dresden konstruktiv theoretisch und praktisch zur revolutionären Erneuerung der Partei und Gesellschaft beitragen werden.

(Aus dem Diskussionsbeitrag zur Kreisdelegiertenkonferenz am 2. 12. 1989).

Für eine demokratische Uni mit neuer Leitung

Die führende Rolle der SED ist aus der Verfassung verbannt. Die Kreisleitung der SED an der TU hat auf ihre Fahnen geschrieben, sich nicht in staatliche Angelegenheiten einzumischen. Sektionsdirektoren verließen Parteiteilungen. Trotz alledem: An der Technischen Universität regiert noch das alte Denken, regiert die Generation der 45- bis 65jährigen in der SED, die schon in führenden Positionen in den insbesondere letzten 15 Jahren die Entartung des Sozialismus zuleben, zumindest moralisch mitschuldig sind. Denn Sektionsräte, Sektionsdirektoren, wissenschaftlicher Rat, Prorektoren und Rektor verdanken ihre Legitimation den alten Spielregeln! Spielregeln, die leider oft das Mitgliedbuch einer Partei vor fachliche Kompetenz stellten.

Ausgestaltung einer wahrhaft demokratischen Universität, eine neue Strategie insbesondere für die Ausbildung und die Leitung aller Prozesse an der Universität. Die alten Leitungen, die nicht das Vertrauen der Mehrzahl der Wissenschaftler und Angestellten der Universität besitzen, befangen in den alten Denkweisen und gefangen im Netz des von ihnen selbst errichteten überdimensionalen bürokratischen Apparats, sind nicht in der Lage, diesen Prozess zu führen. Ein Schlußstrich unter dem Bisherigen ist notwendig. Die Glaubhaftigkeit des Willens zu Veränderungen erfordert eine neue Leitung an der Technischen Universität, demokratische Wahlen nach neuen Spielregeln zum frühestmöglichen Zeitpunkt für Sektionsräte, Sektionsdirektoren, wissenschaftlichen Rat und Rektor.

Die Veränderungen in unserem Land erfordern eine neue Positionsbestimmung des Platzes der Universitäten, die

Prof. Dr. H.-G. Roos, Sektion Mathematik

R. Vogts Professur, Datsche und anderes — Was steckt eigentlich dahinter?

In unserer Ausgabe 22/89 (Seite 2) veröffentlichten wir eine Zurschiffung der Genossen Pflug und Eichhorn (APO III, Aktion 14). Dabei ließen wir bedauerlicherweise etwas weg, wofür wir uns hier entschuldigen: das Wort „Professor h. c.“. Das dem Namen Rudi Vogt. Weil wir Verhöhnungen ablehnen, der Titel auch nicht so lautete und die Zurschiffung nicht nach der Professur, sondern nach den persönlichen Gründen zum Rücktritt des bisherigen 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung fragte. Diese Begründung wurde auch in der UZ abgedruckt.

Es verging kein Tag, da erhielten wir nach: Genosse Pflug beschwerte sich wegen des Wegfalls oben genannten „Titels“, auf den die Autoren besonderen Wert legten. In dem daraufhin von Genossen Pflug angestrebten Verhör gegen die UZ unterstellte er der Redaktion Trägheit und Weltfremdheit, so mit den Worten: „Was macht ihr eigentlich ganzen Tag? Wir müssen gestehen, es blieb uns erst mal die Spucke weg, wenn die Berichte zeigen, daß wir an aktuellen Fragen dran sind.“

Nun fragen wir zurück: Was tut eure PO? Bestehen eure Aktivitäten nur in politischen Bemerkungen zur UZ? Warum schreibt ihr nicht gleich offen, was ihr alles über und von Genossen Vogt wissen wollt? Ihr haltet uns „Nach-

trabsberichterstattung“ vor, weil wir nur 2 x monatlich erscheinen können. Sehr gern hätten wir auch euren Standpunkt zu radikalen Änderungen veröffentlicht. Habt ihr ihn formuliert? Wir respektieren Ungeduld, aber werft uns nicht fehlende Stellungnahme der Führung vor!

Unsere Zeitung ist offen für alle und alles, um das auszusprechen, was jetzt tot tut. Die UZ-Ausgaben der letzten Wochen beweisen dies, und so muß es auch weiterhin sein. Daß wir dazu auch die Hilfe und Mitarbeit aller Grundorganisations, aller TU-Angehörigen benötigen, dürfte wohl offensichtlich, demokratisches Verständnis finden.

Übrigens schrieb Rudi Vogt in seiner o.g. Erklärung vom 22. 11. 89 an den Senat: „Mit großer Betroffenheit und Erregung habe ich davon Kenntnis erhalten, daß sich der Senat, dem ich die Ehre hatte, 13 Jahre anzugehören, mit meiner Person betreffende Fragen beschäftigt hat bzw. sich noch beschäftigt, zu welchen ich mich, da ich nicht eingeladen war, auf diesem Wege äußern möchte.“

1. Die Berufung zum Honorarprofessor habe ich als hohe Auszeichnung und Würdigung meiner seit 1963 an der TU geleisteten wissenschaftlichen, wissenschaftsorganisatorischen und wissenschaftspolitischen Arbeit empfunden sowie als Auftrag, meine Kenntnisse und Erfahrungen durch Lehrtätigkeit weiter zu vermitteln. Es hatte mich tief berührt, daß eine Vielzahl hoch angesehener Wissenschaftler der TU und auch Leiter von Kombinat in ihrer persönlichen Gratulation gerade diese Gedanken hervorhoben.

Wenn im Zusammenhang mit der Bertragung der Berufung auch nur im geringsten Maße gesetzliche Regelungen nicht eingehalten wurden, bzw. wie zum Ausdruck gebracht wurde, in Zukunft wegen der Reform im ML-Grundlagenstudium kein Bedarf mehr an Honorarlehrtätigkeit im Berufungsbereich besteht, so bitte ich den Senat mit zugehörten, daß ich hiermit von mir aus die Honorarprofessur zurückgebe.

2. Gegen mich wurden im Senat durch Einzelpersonen Anschuldigungen erhoben, gegen die ich mich entschieden wehren werde. Das betrifft folgende mir bekanntgewordene Gerüchte:

a) Die Ausrichtung meines 50. Geburtstages hätte die Mensa der TU bezahlt. Tatsache ist, daß die Rechnungen voll durch mich bezahlt wurden.

b) Ich hätte anlässlich dieses meines 50. Geburtstages vor 5 Jahren die Sektionen zu größeren Geschenken animiert. Die Parteisekretäre haben bestätigt, daß sie dazu weder aufgefordert wurden, noch daß es erfolgt ist.

c) Beim Bau meiner Datsche hätte ich ungesetzlich Leistungen der TU in Anspruch genommen.

In den letzten Jahren habe ich mich in Moritzburg auf dem damaligen Grundstück meiner Schwiegermutter zusammen mit meinen 4 Söhnen einen Typenbungalow B 34 gebaut. Alle Leistungen haben wir persönlich erbracht bzw. die Elektroinstallation und den Wasseranschluß durch entsprechende Handwerker, die nicht der TU angehören, ausführen lassen. Für eine Leistung der TU habe ich 293,88 M Materialkosten bezahlt (Quittung vorhanden) und 2 bis 3 Transportleistungen in Anspruch genommen. Mir wurde die Hilfeleistung gegeben, daß die TU mögliche Aufleistungen gegen ordentliche Rechnungslegung sehr vielen Personen gewährt hat und nicht ungesetzlich sind. Ausdrücklich möchte ich noch erklären, daß auch in meiner Wohnung keinerlei Reparaturleistungen durch die TU erfolgt sind. Handwerkerleistungen am Gebäude der SED-Kreisleitung haben mit meiner Person nichts zu tun.

Mir ist klar, daß die Aufdeckung ungesetzlicher Handlungen einzelner „Partei-führer“ viele Emotionen weckt, und sie haben auch mich tief erschüttert. Ich nehme aber auch für mich in Anspruch, was in Erklärungen des ZK und der Volkskammer zum Ausdruck gebracht wurde, daß es mit Recht und Moral vereinbar ist, wenn Funktionäre, die oft Jahrzehnte treu ihre Pflicht tun, heute unterschiedslos für ihr Handeln diffamiert und bedroht werden und daß sie das Recht haben, die Hilfe und Unterstützung von Untersuchungskommissionen bzw. der Rechtsorgane in Anspruch zu nehmen.“

Mitteilung

Am 29. 11. 1989 versammelten sich die Angehörigen der Kampfgruppenhunderterschaft der Technischen Universität Dresden, um ihren Standpunkt zur Rolle der Kampfgruppen aus heutiger Sicht in einer erneuerten sozialistischen Gesellschaft zu erarbeiten. Wir sind freiwillig in die Reihen der Kampfgruppen eingetreten, um die Errungenschaften unseres Volkes beim Aufbau der DDR zu unterstützen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist nicht mehr gerechtfertigt, daß eine Partei allein über eine bewaffnete Formation verfügt. Von der Hundertschaft wurde deshalb nachfolgender Beschluß gefaßt:

1. Die Hundertschaft stellt ihre Tätigkeit bis zum Außerordentlichen Parteitag der SED ein.
2. Wir fordern vom Außerordentlichen Parteitag die Auflösung aller

Kampfgruppeneinheiten.

3. Falls zum Außerordentlichen Parteitag der geforderte Beschluß nicht gefaßt wird, löst sich die Hundertschaft der Technischen Universität Dresden in eigener Verantwortung zum 31. 12. 1989 auf.

4. Wir schlagen vor, daß durch die Volkskammer der DDR ein von allen gesellschaftlichen Kräften getragenes Konzept zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit erarbeitet wird. Sollten in diesem Konzept wieder Kampfgruppen, Bürgermilizen oder ähnliche Einheiten aufgestellt werden, bleibt es der Entscheidung jedes Kämpfers überlassen, sich dort neu einzuordnen.

Dieser Beschluß wurde in Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages dem ZK der SED zugesandt.

Die Hundertschaftsleitung im Namen der Versammlung der Kämpfer

Unabhängige Arbeitsgruppe untersucht

Im Auftrag der SED-Kreisleitung untersucht gegenwärtig eine unabhängige Arbeitsgruppe Vorwürfe und Anschuldigungen gegenüber dem ehemaligen 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Genossen Rudolf Vogt. Erste Ergebnisse, die Umberufung zum Honorarprofessor im September 1989 betreffend, liegen vor:

Dozent Dr. Vogt wurde laut Mitteilungen der TU Dresden vom September/Okttober 1989 vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen mit Wirkung vom 1. 9. 89 als Honorarprofessor für das Fachgebiet „Wissenschaftlicher Kommunismus“ an das Industrieinstitut berufen. Dr. Vogt war seit 1. 2. 86 Honorarprofessor am Industrieinstitut.

Die Umberufung von Dozent Dr. Vogt zum Honorarprofessor wurde initiiert und vorangetrieben durch den Rektor der TU und durch Dr. Vogt selbst. Obwohl aus keiner Sektion ein Vorschlag für eine Berufung vorlag (und bis heute auch noch nicht vorliegt), wurde im Februar 1989 vom Rektor der TU ein Antrag (außerhalb der „normalen“ Berufungsanträge) beim MHF eingereicht.

Die Unterlagen zum Berufungsvorgang im Direktorat KQ wiesen ursprünglich die Berufung an das Industrieinstitut aus. Dies wurde nachträglich korrigiert und die Berufung an die Sektion M/L vorgesehen. Weder im Industrieinstitut noch in der Sektion M/L bestand und besteht jedoch nach Aussage der Direktoren Bedarf für eine derartige Berufung.

Der Direktor des Industrie-Institutes erhielt zwar am 20. 2. 89 vom Direktor KQ die Anforderung, einen entsprechenden Berufungsantrag zu stellen, was jedoch abgelehnt wurde, weil

- das Institut auf Grund der Kaderentwicklung keine Honorarprofessur für das genannte Lehrgebiet benötigt
- es bei Institutsmitarbeitern Vorbehalte, Vertrauensverlust und Kritik am Auftreten und Verhalten von Dr. Vogt im Institut gab und noch gibt. Die bisherigen Lehrverpflichtungen von Dr. Vogt als Honorarprofessor im Industrieinstitut waren gering. Die letzte Lehrveranstaltung wurde 1987 gehalten.

An den Direktor der Sektion M/L wurde bisher keine Bitte bzw. Forderung zur Berufung von Dr. Vogt als Minister und demzufolge auch kein Antrag gestellt.

Bei der Vorbereitung und Beantragung der Berufung wurden die „Hochschullehrerberufungsverordnung“ (HBVO) und die Leitungsanweisung des

Rektors LI 04/031 „Verfahrensordnung bei Berufungen...“ nicht in allen Punkten eingehalten:

Insbesondere fehlt der Antrag zur Berufung einschließlich Begründung und Gesamteinschätzung der Persönlichkeit des Kandidaten von einer Sektion. Die Gewerkschaft war in den Prozess der Vorbereitung und Entscheidungsfindung nicht einbezogen.

Alle 3 Gutachten wurden von Wissenschaftlern der TU (davon 2 Prorektoren) erstellt, wobei keiner der Gutachter das Lehrgebiet „Wissenschaftlicher Kommunismus“ vertritt. (Die LI 04/031 fordert bei Professorenberufungen 3 Gutachten von außerhalb der TU!)

Es fehlt ein Gutachten der Fakultät mit dem Standpunkt zur Berufung. Die Fakultät war über die vorgesehene Berufung nicht informiert. In der Beratung des Rektors mit den Dekanen am 16. 1. 89, in der alle Berufungsvorschläge für den 1. 9. 89 beraten wurden, war der Vorschlag zu Dr. Vogt nicht enthalten.

Dr. Vogt besitzt keine Promotion B. Die eingereichte Liste der wissenschaftlichen Arbeiten/Veröffentlichungen ist identisch mit der Liste zur Berufung zum Honorarprofessor 1986. Die jüngste Veröffentlichung stammt aus dem Jahre 1970. Es wurde in der Untersuchung kein weiterer Fall bekannt, wo eine Professorenberufung ohne Anhörung der Fakultät und ohne Berufungsantrag einer Sektion durchgeführt wurde. Auf die Einhaltung o.g. HBVO und LI wurde an der TU bisher immer streng geachtet.

Entsprechend einem Beschluß des Senats des Wissenschaftlichen Rates wurde inzwischen beim Minister für Bildung die Abberufung von Dr. Vogt als Honorarprofessor beantragt mit der Begründung, „da im Zusammenhang mit der Reform des marxistisch-leninistischen Grundstudiums kein Bedarf mehr an nebenaemlicher Lehrtätigkeit im Berufungsgebiet besteht.“

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe vertreten auf Grund der genannten Ergebnisse der Untersuchungen und der umfaßten geführten Gespräche folgenden Standpunkt: Die Umberufung erfolgte nicht in allen Punkten entsprechend den geltenden Bestimmungen, Demokratie wurde weitgehend ausgeschaltet. Die Begründung der Abberufung beim Minister für Bildung muß ergänzt werden und die Aberkennung des Professorentitels einschließen.

Zur Arbeit der Gewerkschaft — und was einen Vertrauensmann dazu bewegt

Es wird zur Zeit viel vom verlorengegangenen Vertrauen unserer Menschen gesprochen und das Mißtrauen sitzt tief. Maßnahmen zur Gewinnung des Vertrauens sollten deshalb an erster Stelle stehen. Welche Position hierzu der Vorstand des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, Dr.-Ing. Klieck, bezieht, möchte ich mit einigen Eindrücken aus der letzten Vertrauensleutevollversammlung vom 7. November 89 wiedergeben.

Es ist im Moment üblich, Schuld in die nächst höhere Instanz zu schieben, ein wenig Asche auf das eigene Haupt zu streuen und mit ganz neuen Vorschlägen für einen besseren Sozialismus aufzutreten. So auch der KV-Vorsitzende, der auf der letzten Vollversammlung mit neuen progressiven Vorschlägen manch zumweilen Vertrauensmann still zum Schweigen brachte. So gingen kritische Worte zu der eigenen bisherigen Arbeit und zur bisherigen Arbeit des FDGB fast verloren, ja mehr, der persönliche Antrag der Vertrauensfrage blieb aus. An dieses Gut in Vergessenheit geratene demokratische Recht erinnerte dann der BGL-Vorsitzende der BGL 9, der durch den Mißtrauensantrag seiner Sektion eine Vertrauensabstimmung durch die Vertrauensleute auf die Tagesordnung brachte. Für die BGL-Vorsitzenden nicht überraschend, wohl aber für diesen oder jenen Vertrauensmann, der nunmehr ohne diese vorherige kollektive Beratung zu dieser wichtigen Frage seine kollektive Stimme abzugeben hatte. Hier liegt ein entscheidendes Versäumnis in der Vor-

bereitung der Vollversammlung vor. Mein Kollektiv hatte sich hierzu vorher im Zusammenhang mit der Bundesvorstandssitzung vom 30. 10. 89 schriftlich positioniert, so daß für mich die Entscheidung feststand. Eine weitere Kritik ist hinsichtlich der mangelhaften Vorbereitung der Vertrauensabstimmung zu richten, da auf Grund des übergroßen Teilnahmezuspruches an der Versammlung die wirklich stimmberechtigten Wähler nicht erkennbar waren. Nach einer diesbezüglichen Anfrage aus der Versammlung erfolgte durch den Versammlungsleiter die Aufforderung an die Ehrlichkeit aller Teilnehmer.

Eine solche Aufforderung in einer solchen Situation ist wohl ausnahmsweise fehl am Platze. Was nun zählt, ist das Ergebnis der Wahl und alles andere ist bald vergessen. Und gibt es nicht so viele Dinge aus der bisherigen Gewerkschaft, die wir eigentlich wissen müßten?

Und daß schon wieder alte Gewohnheiten Fuß fassen, ich glaube, sie wären Vergangenheit, zeigt die jüngst veröffentlichte Festlegung des FDGB, nach der für den außerordentlichen Kongreß des FDGB, der voraussichtlich im Frühjahr 1990 stattfindet, nur 80 Prozent der Delegierten direkt gewählt werden sollen.

Ich frage mich, wo soll denn nun noch Vertrauen für die Gewerkschaft herkommen, wenn schon wieder, oder immer noch, Mißtrauen gesät wird. Kann mir jemand verdenken, wenn ich z. Zt. kein Vertrauen zur Gewerkschaft mehr habe. Ich lege deshalb meine Funktion als Vertrauensmann nach 6jähriger Tätigkeit

nieder und erkläre darüber hinaus nach nunmehr 29jähriger Mitgliedschaft meinen Austritt aus dem FDGB.

Dr.-Ing. Knop, Sektion Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen

Helfen wir auch in der Zukunft den Bedürftigen

Die Verwendung gewerkschaftlicher Solidaritätsmittel (100 Mio oder 50 Mio — wieviel sind es genau?) betrachte ich als einen Skandal ersten Ranges. Hilfsbedürftigen Menschen helfen zu wollen und es zu tun, ist eine zutiefst edle menschliche Eigenschaft — um so wertvoller ist ihr Mißbrauch; und dann noch für eine Sache, die schon in ihrer Vorbereitung unter heftiger Kritik stand.

Die Nachricht ist schmerzhaft. Sie läßt die wahrgenommene Verantwortung unserer Medien deutlich werden — das ist zwar tröstlich, macht die Mitteilung aber nicht erträglicher. Dennoch: Erhalten wir uns diese edle menschliche Eigenschaft der Hilfe für Hilfsbedürftige in von uns selbst bestimmten Formen für von uns selbst bestimmte Zwecke, und achten wir darauf, daß damit nie mehr Mißbrauch getrieben wird!

Dazu fordere ich eine halbjährliche Offenlegung der Spendeneingänge und ihrer Verwendung.

Dr. paed. Renate Hoewow, BGL-Vorsitzende, Sektion 83

Die Mitglieder der Kreisorganisation der Gewerkschaft Wissenschaft an der TU Dresden haben mit großer Bestürzung und Unmut die Nachricht von der Verwendung der Solidaritätsmittel unserer Organisation zur Kenntnis ge-

nommen. Wir legen dagegen schärfsten Protest ein. Wir verlangen eine schonungslose Offenlegung der Finanzgeschäfte des Bundesvorstandes in der Tribüne. Gleichfalls erwarten wir vom Solidaritätskomitee der DDR einen exakten Bericht über seine Arbeit. Die Veröffentlichung im ND vom 25./26. 11. 89 ist nicht ausreichend.

Im Namen des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft der Technischen Universität Dresden
Dr. Klieck,
Vorsitzender

Erneut Dialog am „Runden Tisch“!

Am 4. Dezember fand im Kleinen Senatssaal, Mommsenstraße 13, ein erstes Gespräch am „Runden Tisch“ statt. Die Teilnehmer dieser Runde, Vertreter von Parteien, Organisationen, Gruppierungen und neuen Bewegungen einigten sich nach einem durchaus ergebnisreichen Meinungsaustausch auf ein weiteres Treffen am 18. Dezember 1989, 16.30 Uhr, ebenfalls im Kleinen Senatssaal. Hier sollen vor allem jene Fragen beantwortet werden, die die Teilnehmer des „Runden Tisches“ frei von der Leber weg aussprechen. Der Rektor lädt alle Interessenten herzlich ein.